**Deutscher Bundestag** **Drucksache 16/4274**

**16. Wahlperiode** 01. 02. 2007

# Beschlussempfehlung und Bericht

## des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Dr. Axel Troost, Oskar Lafontaine, Dr. Gregor Gysi und der Fraktion DIE LINKE.**
**– Drucksache 16/3025 –**

## Verbesserung der Statistik zur Lohn- und Einkommensteuer, Umsatzsteuer und Erbschaft- und Schenkungsteuer

### A. Problem

Da Personengesellschaften nicht direkt, sondern nur indirekt über die an ihr beteiligten natürlichen Personen steuerlich veranlagt werden, kann die tatsächliche Steuerbelastung, der Personengesellschaften unterworfen sind, nicht angegeben werden. Bestrebungen, eine rechtsformunabhängige Unternehmensbesteuerung zu erreichen, können damit genauso wenig auf eine solide Datenbasis gestellt werden, wie belastbare Prognosen über das zur Vererbung anstehende Unternehmenskapital angestellt werden können.

### B. Lösung

Mit dem Antrag wird angestrebt, die Bundesregierung aufzufordern, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die die Aussagefähigkeit und Verwendbarkeit der Steuerstatistik so verbessern sollten, dass eine solide Datenbasis über die Steuerbelastung von Personengesellschaften mit Lohn- und Einkommensteuer, Umsatzsteuer sowie Erbschaft- und Schenkungsteuer entsteht.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### C. Alternativen

Keine

### D. Kosten

Angaben zu den haushaltsmäßigen Auswirkungen der mit der Vorlage angestrebten Maßnahmen sind in dem Antrag nicht aufgeführt.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/3025 abzulehnen.

Berlin, den 31. Januar 2007

**Der Finanzausschuss**

| **Eduard Oswald** | **Dr. h. c. Hans Michelbach** | **Dr. Barbara Höll** |
|---|---|---|
| Vorsitzender | Berichterstatter | Berichterstatterin |

# Bericht der Abgeordneten Dr. h. c. Hans Michelbach und Dr. Barbara Höll

## I. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/3025** in seiner 70. Sitzung am 30. November 2006 dem Finanzausschuss federführend sowie dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Mitberatung überwiesen.

Der Finanzausschuss hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 31. Januar 2007 abschließend beraten.

## II. Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller vertreten die Auffassung, dass sich auf Grund dessen, dass Personengesellschaften nicht direkt, sondern lediglich über die an ihr beteiligten Personen steuerlich veranlagt werden, keine belastbaren Aussagen über die Steuerbelastung von Personengesellschaften machen lassen. Diese Angaben seien jedoch erforderlich, um bezüglich der Aspekte „Rechtsformunabhängige Unternehmensbesteuerung" und „Übertragung von Vermögenswerten" politische Entscheidungen treffen zu können. Vor diesem Hintergrund sei die Bundesregierung aufzufordern, umgehend geeignete Maßnahmen zu treffen, um eine belastbare Datenbasis generieren zu können.

## III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** empfiehlt die Ablehnung des Antrages mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

## IV. Empfehlung des federführenden Ausschusses

Die **Fraktion DIE LINKE.** hat zur Begründung ihres Antrages in der Sitzung ausgeführt, mit Blick auf anstehende Erbfälle und das am heutigen Tag verkündete Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Erbschaftsteuerrecht sei offensichtlich, dass die statistische Datenlage in diesem Bereich verbessert werden müsse. Nur so sei zu erreichen, dass für anstehende Gesetzgebungsverfahren hinreichende Grundlagen zur Verfügung stehen bzw. Schlussfolgerungen gezogen werden können.

Der **Finanzausschuss** empfiehlt – ohne in eine Aussprache einzutreten, die der abschließenden Lesung des Antrages im Plenum vorbehalten werden könne – mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrages.

Berlin, den 31. Januar 2007

**Dr. h. c. Hans Michelbach**
Berichterstatter

**Dr. Barbara Höll**
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333